

No. 50236*

**Poland
and
Germany**

Agreement between the Government of the Republic of Poland and the Government of the Federal Republic of Germany concerning mutual protection of classified information. Gdansk, 30 April 1999

Entry into force: *23 May 2002 by notification, in accordance with article 13*

Authentic texts: *German and Polish*

Registration with the Secretariat of the United Nations: *Poland, 1 November 2012*

*No UNTS volume number has yet been determined for this record. The Text(s) reproduced below, if attached, are the authentic texts of the agreement /action attachment as submitted for registration and publication to the Secretariat. For ease of reference they were sequentially paginated. Translations, if attached, are not final and are provided for information only.

**Pologne
et
Allemagne**

Accord entre le Gouvernement de la République de Pologne et le Gouvernement de la République fédérale d'Allemagne relatif à la protection mutuelle des informations classifiées. Gdansk, 30 avril 1999

Entrée en vigueur : *23 mai 2002 par notification, conformément à l'article 13*

Textes authentiques : *allemand et polonais*

Enregistrement auprès du Secrétariat des Nations Unies : *Pologne, 1er novembre 2012*

* Numéro de volume RTNU n'a pas encore été établie pour ce dossier. Les textes reproduits ci-dessous, s'ils sont disponibles, sont les textes authentiques de l'accord/pièce jointe d'action tel que soumises pour l'enregistrement et publication au Secrétariat. Pour référence, ils ont été présentés sous forme de la pagination consécutive. Les traductions, s'ils sont inclus, ne sont pas en form finale et sont fournies uniquement à titre d'information.

[GERMAN TEXT – TEXTE ALLEMAND]

Abkommen
zwischen
der Regierung der Republik Polen
und
der Regierung der Bundesrepublik Deutschland
über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

TR/011112/1-50236

Die Regierung der Republik Polen
und
die Regierung der Bundesrepublik Deutschland -

in Erwägung der Notwendigkeit, die Sicherheit aller Verschlusssachen, die von den zuständigen Behörden oder Personen als solche gemäß dem Recht einer Vertragspartei eingestuft und der anderen Vertragspartei übermittelt wurden, zu gewährleisten,

geleitet von der Vorstellung, eine Regelung über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen zu schaffen, die für alle zwischen den Vertragsparteien zu schließenden Abkommen über Zusammenarbeit und zu vergebende Aufträge, die einen Austausch von Verschlusssachen mit sich bringen, gelten soll -

sind wie folgt übereingekommen:

Artikel 1

Begriffsbestimmung und Vergleichbarkeit

(1) Verschlusssachen im Sinne dieses Abkommens sind im staatlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Informationen, unabhängig von ihrer Darstellungsform. Sie werden entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit nach dem nationalen Recht jeder Vertragspartei eingestuft.

(2) Die Vertragsparteien vereinbaren, daß folgende Geheimhaltungsgrade vergleichbar sind:

Republik Polen	Bundesrepublik Deutschland
ŚCIŚLE TAJNE	STRENG GEHEIM
TAJNE	GEHEIM
POUFNE	VS-VERTRAULICH
ZASTRZEŻONE	VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

(3) Für Verschlusssachen des Verschlusssachengrads ZASTRZEŻONE und VS-NUR FÜR DEN DIENST-GEBRAUCH finden die nachstehenden Artikel 3 und 4 sowie Artikel 7 keine Anwendung.

Artikel 2

Innerstaatliche Maßnahmen

(1) Die Vertragsparteien treffen im Rahmen ihres innerstaatlichen Rechts alle geeigneten Maßnahmen, um Verschlusssachen, die nach diesem Abkommen an die andere Vertragspartei übermittelt werden oder beim Auftragnehmer im Zusammenhang mit einem Verschlusssachenauftrag entstehen, zu schützen. Sie gewähren derartigen Verschlusssachen mindestens den gleichen Geheimschutz, wie er im Verfahren für eigene Verschlusssachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrades gilt.

(2) Die Verschlusssachen werden ausschließlich zu dem Zweck, für den sie übermittelt worden sind, verwendet. Die Vertragsparteien werden die Verschlusssachen, die sie nach diesem Abkommen erhalten haben, keinesfalls ohne vorherige Zustimmung der zuständigen Behörde oder der befugten Person der anderen Vertragspartei, die die Einstufung veranlaßt hat, Dritten zugänglich machen oder offenlegen.

(3) Die Verschlusssachen dürfen nur solchen Personen zugänglich gemacht werden, deren Aufgaben ihre Kenntnis notwendig machen und die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung zum Zugang ermächtigt sind. Die Sicherheitsüberprüfung muß mindestens so streng sein wie die für den Zugang zu nationalen Verschlusssachen des entsprechenden Geheimhaltungsgrades. Für Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades

POUFNE / VS-VERTRAULICH und höher ist in jedem Fall eine Sicherheitsüberprüfung durchzuführen.

(4) Jede Vertragspartei sorgt innerhalb ihres Hoheitsgebiets für die erforderlichen Sicherheitsinspektionen und für die Einhaltung der Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen.

Artikel 3 Verschlusssachenaufträge

Beabsichtigt eine Vertragspartei, einen Verschlusssachenauftrag an einen Auftragnehmer im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei zu vergeben bzw. veranlaßt sie, in ihrem Hoheitsgebiet einen solchen Auftrag zu erteilen, so holt sie zuvor bei der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei eine Versicherung ein, daß der vorgeschlagene Auftragnehmer bis zu dem angemessenen Geheimhaltungsgrad sicherheitsüberprüft ist und über geeignete Sicherheitsvorkehrungen verfügt, um einen angemessenen Schutz der Verschlusssachen zu gewährleisten. Diese Versicherung beinhaltet die Verpflichtung sicherzustellen, daß die Sicherheitsüberprüfung des Auftragnehmers im Einklang mit den Geheimschutzvorschriften und -bestimmungen durchgeführt worden ist.

Artikel 4 Durchführung von Verschlusssachenaufträgen

(1) Die für den Auftraggeber zuständige Behörde ist dafür verantwortlich, daß jede Verschlusssache, die im Rahmen eines Auftrags übermittelt wird oder entsteht, in einen Geheimhaltungsgrad eingestuft wird. Die für den Auftraggeber zuständige Behörde einer Vertragspartei übermittelt der für den Auftragnehmer zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei die den Auftrag betreffende Liste der Verschlusssachenarten (Verschlusssacheneinstufungsliste). In einem solchen Fall unterrichtet sie gleichzeitig die

für den Auftragnehmer zuständige Behörde der anderen Vertragspartei darüber, daß der Auftragnehmer sich dem Auftraggeber gegenüber verpflichtet hat, in Bezug auf Verschlusssachen, welche ihm anvertraut werden, die Geheimschutzvorschriften seiner eigenen Regierung anzuerkennen und erforderlichenfalls gegenüber der zuständigen Behörde seines Staates eine entsprechende Erklärung abzugeben.

(2) In jedem Fall stellt die für den Auftragnehmer zuständige Behörde sicher, daß der Auftragnehmer die geheimschutzbedürftigen Teile des Auftrags entsprechend der Verschlusssacheneinstufungsliste behandelt, die Anhang des Vertrages zwischen Auftraggeber und Auftragnehmer ist.

(3) Soweit die für den Auftraggeber zuständige Behörde die Vergabe von Verschlusssachenunteraufträgen zuläßt, gelten Absätze 1 und 2 entsprechend.

(4) Die Vertragsparteien sorgen dafür, daß ein Verschlusssachenauftrag erst dann vergeben, beziehungsweise daß mit den Arbeiten an den geheimschutzbedürftigen Teilen erst dann begonnen wird, wenn die erforderlichen Geheimschutzvorkehrungen beim Auftragnehmer getroffen worden sind oder wenn versichert wird, daß sie rechtzeitig getroffen werden.

Artikel 5

Kennzeichnung von Verschlusssachen

1) Die übermittelten Verschlusssachen werden von der für ihren Empfänger zuständigen Behörde oder auf ihre Veranlassung zusätzlich mit dem vergleichbaren nationalen Geheimhaltungsgrad gekennzeichnet.

(2) Vervielfältigungen und Übersetzungen von Verschlusssachen sind wie die Originale zu kennzeichnen und zu behandeln.

(3) Die Kennzeichnungspflicht gilt auch für Verschlusssachen, die beim Empfänger im Zusammenhang mit Verschlusssachenaufträgen entstehen oder die vervielfältigt werden.

(4) Verschlusssacheneinstufungen werden von der für den Empfänger einer Verschlusssache zuständigen Behörde auf Ersuchen der zuständigen Behörde der Vertragspartei, die die Einstufung vorgenommen hat, geändert oder aufgehoben. Die zuständige Behörde der Vertragspartei, die die Einstufung vorgenommen hat, teilt der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei ihre Absicht, einen Geheimhaltungsgrad zu ändern oder aufzuheben, sechs Wochen im voraus mit.

Artikel 6

Übermittlung von Verschlusssachen

(1) Verschlusssachen werden von einem Staat in den anderen durch den diplomatischen oder militärischen Kurierdienst befördert, vorbehaltlich der Regelungen in den Absätzen 2-8. Die zuständige Behörde bestätigt den Empfang der Verschlusssache und leitet sie gemäß den nationalen Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen an den Empfänger weiter.

(2) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien können für einen genau bezeichneten Fall - allgemein oder unter Festlegung von Beschränkungen - vereinbaren, daß Verschlusssachen auf einem anderen als dem diplomatischen oder militärischen Kurierweg befördert werden dürfen.

(3) In den in Absatz 2 genannten Fällen muß

1. der Befördernde zum Zugang zu Verschlusssachen des vergleichbaren Geheimhaltungsgrades ermächtigt sein;

2. bei der absendenden Stelle ein Verzeichnis der beförderten Verschlusssachen verbleiben; ein Exemplar dieses Verzeichnisses ist dem Empfänger zur Weiterleitung an die zuständige Behörde zu übergeben;
3. das Verschlusssachenmaterial nach den Bestimmungen, die die Beförderung im Inland regeln, verpackt sein;
4. die Übergabe des Verschlusssachenmaterials gegen Empfangsbescheinigung erfolgen.

(4) Die für die versendende oder die empfangende Stelle zuständige Sicherheitsbehörde stellt in den in Absatz 2 genannten Fällen einen Kurierausweis aus, den der Befördernde mit sich führen muß.

(5) Für die Beförderung von Verschlusssachenmaterial von erheblichem Umfang werden Transport, Transportweg und Begleitschutz im Einzelfall durch die zuständigen Behörden festgelegt.

(6) Verschlusssachen des Geheimhaltungsgrades ZASTRZEZONE und VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH können mit der Post versandt werden.

(7) Verschlusssachen können elektronisch übermittelt werden. In solchen Fällen sollen die übermittelten Verschlusssachen vorbehaltlich der Regelung in Absatz 8 verschlüsselt sein. Die zuständigen Behörden treffen Absprachen über die Mittel zur Verschlüsselung.

(8) Verschlusssachen der Einstufung ZASTRZEZONE und VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH können in Einzelfällen unverschlüsselt elektronisch übermittelt werden, sofern zwischen Absender und Empfänger für die erforderliche Übertragungsart keine Kryptiermöglichkeit besteht. Die Art, der Weg und die Mittel der Übertragung dürfen keine besonderen Risiken aufweisen, und Absender und Empfänger müssen sich über die beabsichtigte Übertragung verständigen.

Artikel 7

Besuche

(1) Besuchern aus dem Hoheitsgebiet einer Vertragspartei wird im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei Zugang zu Verschlusssachen sowie zu Einrichtungen, in denen an Verschlusssachen gearbeitet wird, nur mit vorhergehender Erlaubnis der zuständigen Behörde der anderen Vertragspartei gewährt. Die Erlaubnis wird nur Personen erteilt, die nach der erforderlichen Sicherheitsüberprüfung zum Zugang zu Verschlusssachen ermächtigt sind.

(2) Daten der Besucher sind der zuständigen Behörde der Vertragspartei, in deren Hoheitsgebiet sie einreisen, nach den in diesem Hoheitsgebiet geltenden Bestimmungen zu übermitteln. Die auf beiden Seiten zuständigen Behörden teilen einander die Einzelheiten der Anmeldung mit und stellen sicher, daß der Schutz personenbezogener Daten eingehalten wird.

Artikel 8

Verletzung der Regelungen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen

(1) Wenn eine Preisgabe von Verschlusssachen nicht auszuschließen ist, vermutet oder festgestellt wird, ist dies der anderen Vertragspartei unverzüglich mitzuteilen.

(2) Verletzungen der Regelungen über den gegenseitigen Schutz von Verschlusssachen werden von den Behörden und Gerichten der Vertragspartei, deren Zuständigkeit gegeben ist, nach dem Recht dieser Vertragspartei untersucht und verfolgt. Die andere Vertragspartei ist über das Ergebnis zu unterrichten.

Artikel 9

Kosten der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen

Die den Behörden der Vertragsparteien bei der Durchführung von Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz von Verschlusssachen entstandenen Kosten werden von der anderen Vertragspartei nicht erstattet.

Artikel 10

Zuständige Behörden

Die Vertragsparteien unterrichten einander darüber, welche Behörden für die Durchführung dieses Abkommens zuständig sind.

Artikel 11

Konsultationen

- (1) Die zuständigen Behörden der Vertragsparteien nehmen von den im Hoheitsgebiet der anderen Vertragspartei geltenden Regelungen über den Schutz von Verschlusssachen Kenntnis und verpflichten sich, einander über Änderungen in den geltenden Vorschriften der Vertragsparteien zum Schutz von Verschlusssachen laufend zu unterrichten.
- (2) Um eine enge Zusammenarbeit bei der Durchführung dieses Abkommens zu gewährleisten, konsultieren die zuständigen Behörden einander auf Antrag einer dieser Behörden.
- (3) Jede Vertragspartei erlaubt auch der zuständigen Sicherheitsbehörde der anderen Vertragspartei oder jeder im gegenseitigen Einvernehmen bezeichneten anderen Behörde Besuche in ihrem Hoheitsgebiet zu machen, um mit ihren Sicherheitsbehörden ihre Verfahren und Einrichtungen zum Schutz von Verschlusssachen, die ihr von der anderen

Vertragspartei zur Verfügung gestellt wurden, zu erörtern. Jede Vertragspartei unterstützt diese Behörden bei der Feststellung, ob diese Verschlusssachen ausreichend geschützt werden.

Artikel 12

Verhältnis zu früheren Übereinkünften

Mit dem Inkrafttreten dieses Abkommens werden die aufgrund der „Vereinbarung zwischen dem Minister für Nationale Verteidigung der Republik Polen und dem Bundesminister der Verteidigung der Bundesrepublik Deutschland über die Zusammenarbeit im militärischen Bereich“ vom 25. Januar 1993 ausgetauschten Verschlusssachen nach den Bestimmungen dieses Abkommens geschützt.

Artikel 13

Inkrafttreten, Geltungsdauer, Änderung, Kündigung

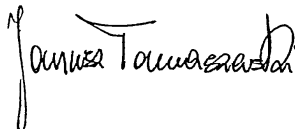
- (1) Dieses Abkommen tritt an dem Tag in Kraft, an dem die Regierung der Bundesrepublik Deutschland die Note der Regierung der Republik Polen erhält, in der mitgeteilt wird, daß die für sein Inkrafttreten erforderlichen innerstaatlichen Anforderungen erfüllt sind. Die Regierung der Bundesrepublik Deutschland teilt der Regierung der Republik Polen den Tag des Eingangs der Note mit.
- (2) Dieses Abkommen wird auf unbestimmte Zeit geschlossen.
- (3) Jede Vertragspartei kann jederzeit schriftlich eine Änderung dieses Abkommens beantragen. Wird von einer Vertragspartei ein entsprechender Antrag gestellt, so werden von den Vertragsparteien Verhandlungen über die Änderung der Abkommens aufgenommen.

(4) Die Vertragsparteien können Durchführungsvereinbarungen zu diesem Abkommen durch bevollmächtigte Vertreter schließen lassen.


(5) Jede Vertragspartei kann dieses Abkommen unter Einhaltung einer Frist von sechs Monaten auf diplomatischem Wege schriftlich kündigen. Im Falle der Kündigung sind die aufgrund dieses Abkommens übermittelten oder beim Auftragnehmer entstandenen Verschlusssachen weiterhin nach den Bestimmungen dieses Abkommens zu behandeln, solange das Bestehen der Einstufung dies erfordert.

Geschehen zu Danzig am 30. April 1999 in zwei Urschriften, jede in polnischer und deutscher Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Regierung der
Republik Polen



Für die Regierung der
Bundesrepublik Deutschland



[POLISH TEXT – TEXTE POLONAIS]

UMOWA

między

Rządem Rzeczypospolitej Polskiej

a

Rządem Republiki Federalnej Niemiec

w sprawie wzajemnej ochrony informacji niejawnych

Rząd Rzeczypospolitej Polskiej i Rząd Republiki Federalnej Niemiec, mając na uwadze konieczność zagwarantowania bezpieczeństwa wszystkich informacji niejawnych, które zostały zakwalifikowane jako takie zgodnie z prawem jednej z Umawiających się Stron i przekazane drugiej Umawiającej się Stronie przez upoważnione organy lub osoby,

kierując się zamiarem stworzenia regulacji w zakresie wzajemnej ochrony informacji niejawnych, która obowiązywać ma w odniesieniu do wszystkich zawieranych między Umawiającymi się Stronami umów o współpracy i udzielanych zleceń związanych z wymianą informacji niejawnych,

uzgodniły, co następuje:

Artykuł 1

Definicje i porównywalność

1. Informacjami niejawnymi w myśl niniejszej Umowy są fakty, przedmioty lub wiadomości niezależnie od formy ich wyrażenia wymagające ze względu na interes Państwa utrzymywania w tajemnicy. Są one oznaczone klauzulą tajności odpowiednio do potrzeby ich ochrony zgodnie z prawem wewnętrznym każdej z Umawiających się Stron.
2. Umawiające się Strony uzgadniają, że porównywalne są wymienione niżej klauzule tajności:

Rzeczpospolita Polska

ŚCIŚLE TAJNE
TAJNE
POUFNE
ZASTRZEŻONE

Republika Federalna Niemiec

STRENG GEHEIM
GEHEIM
VS – VERTRAULICH
VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH

3. W odniesieniu do informacji niejawnych objętych klauzulą tajności ZASTRZEŻONE i VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH artykuły 3, 4 i 7 nie mają zastosowania.

Artykuł 2

Działania wewnątrzpaństwowe

1. Umawiające się Strony podejmą na podstawie przepisów wewnątrzpaństwowych wszelkie odpowiednie działania w celu ochrony informacji niejawnych przekazywanych na podstawie niniejszej Umowy drugiej Stronie lub wytworzonych u zleceniobiorcy w związku ze zleceniem dotyczącym informacji niejawnych. Zapewnią one tego rodzaju informacjom niejawnym co najmniej taką samą ochronę tajemnicy, jaka obowiązuje w procedurze dotyczącej własnych informacji niejawnych objętych odpowiednią klauzulą tajności.

2. Informacje niejawne będą wykorzystywane wyłącznie zgodnie z celem w jakim zostały przekazane. Umawiające się Strony nie będą udostępniać lub ujawniać w żadnym razie informacji niejawnych uzyskanych na podstawie niniejszej Umowy osobom trzecim bez uprzedniej zgody właściwego organu lub upoważnionej osoby drugiej Umawiającej się Strony, która nadała klauzulę tajności.
3. Informacje niejawne mogą być udostępniane tylko tym osobom, których zadania wymagają zapoznania się z nimi i które upoważnione są do dostępu do nich po przeprowadzeniu niezbędnego postępowania sprawdzającego. Postępowanie sprawdzające musi być tak samo rygorystyczne, jak postępowanie przeprowadzane dla uzyskania dostępu do krajowych informacji niejawnych oznaczonych odpowiednią klauzulą tajności. W przypadku informacji niejawnych oznaczonych klauzulą tajności (POUFNE) VS-VERTRAULICH i wyższymi, postępowanie sprawdzające powinno być przeprowadzone w każdym przypadku.
4. Każda z Umawiających się Stron zadba na własnym terytorium o przeprowadzanie niezbędnych inspekcji w zakresie bezpieczeństwa oraz przestrzegania przepisów dotyczących ochrony informacji niejawnych.

Artykuł 3

Zlecenia dotyczące informacji niejawnych

Umawiająca się Strona, która zamierza zlecić sprawę dotyczącą informacji niejawnej zleceniobiorcy na terytorium drugiej Umawiającej się Strony lub poleci dokonanie takiego zlecenia na własnym terytorium, występuje uprzednio do właściwego organu drugiej Umawiającej się Strony o udzielenie zapewnienia, że zaproponowany zleceniobiorca został poddany postępowaniu sprawdzającemu, które upoważnia go do dostępu do informacji oznaczonych stosowną klauzulą tajności i dysponuje właściwym zabezpieczeniem, gwarantującym odpowiednią ochronę informacji niejawnych. Udzielenie zapewnienia zobowiązuje do zagwarantowania, że postępowanie sprawdzające wobec zleceniobiorcy przeprowadzone zostało zgodnie z przepisami i postanowieniami o ochronie tajemnicy.

Artykuł 4

Wykonywanie zleceń dotyczących informacji niejawnych

1. Właściwy dla zleceniodawcy organ jest odpowiedzialny za to, aby każdej informacji niejawnej, która jest przekazywana lub powstaje w ramach zlecenia, nadana została stosowna klauzula tajności. Organ właściwy dla zleceniodawcy jednej z Umawiających się Stron przekaże organowi właściwemu dla zleceniobiorcy drugiej Umawiającej się Strony wykaz rodzajów informacji niejawnych dotyczących zlecenia

(VERSCHLUßSACHENEINSTUFUNGSLISTE). W takim przypadku poinformuje on równocześnie właściwy dla zleceniobiorcy organ drugiej Umawiającej się Strony o tym, że zleceniobiorca zobowiązał się wobec zleceniodawcy, w odniesieniu do powierzonych mu informacji niejawnych, do uznania przepisów własnego rządu dotyczących ochrony tajemnicy oraz złożenia w razie potrzeby odpowiedniego oświadczenia wobec właściwego organu swojego państwa.

2. W każdym przypadku właściwy dla zleceniobiorcy organ zapewni, żeby zleceniobiorca traktował wymagające utrzymania w tajemnicy części zlecenia jako informacje niejawne odpowiednio do klauzuli tajności zgodnej z wykazem rodzajów informacji niejawnych dotyczących zlecenia, stanowiącym załącznik do umowy pomiędzy zleceniodawcą a zleceniobiorcą.
3. O ile właściwy dla zleceniodawcy organ zezwala na udzielanie podzleceń dotyczących informacji niejawnych, ustępy 1 i 2 stosuje się odpowiednio.
4. Umawiające się Strony zadbają o to, aby zlecenie dotyczące informacji niejawnych zostało udzielone lub aby prace nad częściami zlecenia podlegającymi ochronie tajemnicy zostały rozpoczęte dopiero po podjęciu u zleceniobiorcy niezbędnych działań zapewniających ochronę tajemnicy lub po zagwarantowaniu podjęcia tych działań we właściwym czasie.

Artykuł 5

Oznaczanie informacji niejawnych

1. Przekazywane informacje niejawne zostaną przez właściwy dla odbiorcy organ lub na jego polecenie dodatkowo oznaczone porównywalną krajową klauzulą tajności informacji niejawnych.
2. Kopie i tłumaczenia informacji niejawnych powinny być oznaczane i traktowane jak oryginały.
3. Obowiązek oznaczania odnosi się również do informacji niejawnych, które powstają u odbiorcy w związku ze zleceniem dotyczącym informacji niejawnych lub które są powielane.
4. Klauzule tajności zmienia lub anuluje organ właściwy dla odbiorcy informacji niejawnej na wniosek właściwego organu umawiającej się Strony, który nadał klauzulę tajności. Właściwy organ Umawiającej się Strony, który nadał klauzulę tajności powiadomi właściwy organ drugiej Umawiającej się Strony o swoim zamiarze zmiany stopnia lub anulowania klauzuli tajności z sześciotygodniowym wyprzedzeniem.

Artykuł 6

Przekazywanie informacji niejawnych

1. Informacje niejawne przekazywane będą z jednego państwa do drugiego przez kurierów dyplomatycznych lub wojskowych z zastrzeżeniem uregulowań ust. 2-8. Właściwy organ potwierdza odbiór informacji niejawnej i przekazuje ją dalej do odbiorcy, zgodnie z krajowymi regulacjami dotyczącymi ochrony informacji niejawnych.
2. Właściwe organy Umawiających się Stron mogą w odniesieniu do wyraźnie określonego przypadku – ogólnie lub przy ustaleniu ograniczeń – uzgodnić, że informacje niejawne mogą być przekazywane inną drogą, niż przez kurierów dyplomatycznych lub wojskowych.
3. W przypadkach wymienionych w ustępie 2:
 - 1) osoba przewożąca musi być upoważniona do dostępu do informacji niejawnych o porównywalnej klauzuli tajności,
 - 2) w jednostce wysyłającej musi pozostać rejestr przewożonych informacji niejawnych; jeden egzemplarz tego wykazu powinien zostać dostarczony odbiorcy w celu przekazania go dalej właściwemu organowi,
 - 3) materiał zawierający informacje niejawne musi być zapakowany zgodnie z przepisami regulującymi zasady jego przewozu w kraju,
 - 4) przekazanie materiału zawierającego informacje niejawne musi nastąpić za potwierdzeniem odbioru.
4. W przypadkach wymienionych w ustępie 2 właściwy dla jednostki wysyłającej lub odbierającej, organ do spraw bezpieczeństwa wystawia legitymację kurierską, którą osoba przewożąca musi mieć przy sobie.
5. W odniesieniu do przewozu materiału zawierającego informacje niejawne o znacznej objętości właściwe organy ustalą, w konkretnym przypadku, sposób przewozu tych materiałów, jego trasę i sposób ochrony podczas transportu.
6. Informacje niejawne oznaczone klauzulą tajności ZASTRZEŻONE i VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH mogą być wysyłane pocztą.
7. Informacje niejawne mogą być przekazywane przy pomocy środków elektronicznych. W takich przypadkach, z zastrzeżeniem ust. 8, przekazywane informacje powinny być zaszyfrowane. Właściwe władze dokonują uzgodnień odnośnie środków szyfrujących.
8. Informacje niejawne oznaczone klauzulą ZASTRZEŻONE i VS-NUR FÜR DEN DIENSTGEBRAUCH mogą być przekazywane w poszczególnych przypadkach przy pomocy środków elektronicznych nieszyfrujących, o ile

między nadawcą i odbiorcą nie ma możliwości przekazania tej informacji w sposób zaszyfrowany. Sposób, droga i środki przekazywania nie mogą stwarzać szczególnego ryzyka, a nadawca i odbiorca muszą porozumieć się o zamiarze dokonania przekazu.

Artykuł 7

Wizyty

1. Osobom przybywającym z wizytą z terytorium jednej Umawiającej się Strony na terytorium drugiej Umawiającej się Strony zezwala się na dostęp do informacji niejawnych, a także do placówek, w których pracuje się nad informacjami niejawnymi, tylko po uprzednim uzyskaniu zezwolenia wydanego przez właściwy organ drugiej Umawiającej się Strony. Zezwolenie udzielane będzie tylko osobom upoważnionym do dostępu do informacji niejawnych, po przeprowadzeniu w stosunku do nich niezbędnego postępowania sprawdzającego.
2. Dane osób przybywających z wizytą powinny być przekazywane właściwemu organowi Umawiającej się Strony, na której terytorium przybywają, zgodnie z przepisami obowiązującymi na tym terytorium. Właściwe organy obydwu Stron poinformują się wzajemnie o szczegółach zgłoszenia i zapewnią ochronę danych osobowych.

Artykuł 8

Naruszenie regulacji dotyczących wzajemnej ochrony informacji niejawnych

1. Jeżeli nie można wykluczyć ujawnienia informacji niejawnych lub jeżeli przypuszcza się, że doszło do takiego ujawnienia, bądź zostało ono stwierdzone, należy wówczas niezwłocznie powiadomić o tym drugą Umawiającą się Stronę.
2. Naruszenia przepisów dotyczących wzajemnej ochrony informacji niejawnych będą wyjaśniane i ścigane przez organy i sądy tej Umawiającej się Strony, która jest w danym przypadku właściwa, zgodnie z prawem tej Umawiającej się Strony. O wyniku tych czynności należy poinformować drugą Umawiającą się Stronę.

Artykuł 9

Koszty zastosowania środków bezpieczeństwa

Koszty ponoszone przez organy jednej z Umawiających się Stron w związku z zastosowaniem środków bezpieczeństwa mających na celu ochronę informacji niejawnych nie będą zwracane przez drugą Umawiającą się Stronę.

Artykuł 10

Właściwe organy

Umawiające się Strony poinformują się wzajemnie o tym, które organy są właściwe dla realizacji niniejszej Umowy.

Artykuł 11

Konsultacje

1. Właściwe organy Umawiających się Stron przyjmują do wiadomości regulacje dotyczące ochrony informacji niejawnych obowiązujące na terytorium drugiej Umawiającej się Strony, jak również zobowiązują się do bieżącego informowania się wzajemnie o zmianach w przepisach obowiązujących Umawiających się Stron w zakresie ochrony informacji niejawnych.
2. W celu zapewnienia ścisłej współpracy przy realizacji postanowień niniejszej Umowy właściwe organy konsultują się ze sobą na wniosek jednego z tych organów.
3. Każda z Umawiających się Stron zezwoli właściwym organom do spraw bezpieczeństwa drugiej Umawiającej się Strony lub każdemu innemu organowi, wyznaczonemu za obopólną zgodą, na dokonywanie wizyt na swoim terytorium w celu omówienia z jej organami do spraw bezpieczeństwa procedur i urzędzeń dla ochrony informacji niejawnych, które zostały jej udostępnione przez drugą Umawiającą się Stronę. Każda z Umawiających się Stron udzieli temu organowi pomocy przy sprawdzaniu, czy te informacje niejawne są wystarczająco chronione.

Artykuł 12

Stosunek do wcześniejszych porozumień

Z chwilą wejścia w życie niniejszej Umowy informacje niejawne wymienione na podstawie Porozumienia między Ministrem Obrony Narodowej Rzeczypospolitej Polskiej a Federalnym Ministrem Obrony Republiki Federalnej Niemiec o współpracy w dziedzinie wojskowej z dnia 25 stycznia 1993 roku objęte zostaną ochroną zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy.

Artykuł 13

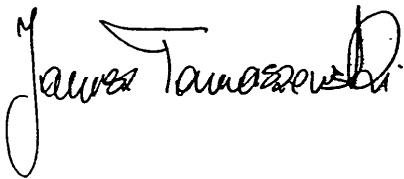
Wejście w życie, okres obowiązywania, zmiana, wypowiedzenie

1. Niniejsza Umowa wejdzie w życie w dniu, w którym Rząd Republiki Federalnej Niemiec otrzyma notę Rządu Rzeczypospolitej Polskiej informującą o tym, że spełnione zostały wewnętrzpaństwowe wymogi niezbędne dla wejścia jej w życie. Rząd Republiki Federalnej Niemiec poinformuje Rząd Rzeczypospolitej Polskiej o dacie wplynięcia tej noty.
2. Umowa niniejsza zawarta jest na czas nieokreślony.
3. Każda z Umawiających się Stron może w każdym czasie wystąpić z pisemnym wnioskiem o zmianę niniejszej Umowy. Jeżeli jedna ze Stron złoży odpowiedni wniosek, Umawiające się Strony podejmą negocjacje dotyczące zmiany Umowy.
4. Umawiające się Strony mogą zawierać porozumienia wykonawcze do niniejszej Umowy przez upoważnionych przedstawicieli.
5. Każda z Umawiających się Stron może wypowiedzieć niniejszą Umowę pisemnie drogą dyplomatyczną, z zachowaniem sześciomiesięcznego okresu wypowiedzenia.
W przypadku wypowiedzenia przekazane na podstawie niniejszej Umowy lub powstałe u zleceniobiorcy informacje niejawnie należy nadal traktować zgodnie z postanowieniami niniejszej Umowy tak długo, jak tego wymaga obowiązywanie klauzuli tajności.

Sporządzono w Odeńsku dnia 30 kwietnia 1998 roku w dwóch egzemplarzach, każdy w językach polskim i niemieckim, przy czym obydwa teksty mają jednakową moc.

Z upoważnienia Rządu

Rzeczypospolitej Polskiej



Z upoważnienia Rządu

Republiki Federalnej Niemiec

